

Gemeinde Stockheim
Rathausstraße 1
96342 Stockheim



Resolution

der Gemeinde Stockheim zum zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplanes Strom 2030, Version 2017

Der Gemeinderat Stockheim hat sich in seiner Sitzung vom 16. Oktober 2017 mit dem zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplanes Strom 2030, Version 2017 befasst. Als Ergebnis bleibt der einstimmige Beschluss hervorzuheben, mit dem die im Netzentwicklungsplan 2030 enthaltenen Trassen einstimmig abgelehnt werden. Mit dieser Entscheidung unterstützt der Stockheimer Gemeinderat die Resolution der Landräte und Bürgermeister aus den Kreisen Kronach, Lichtenfels, Kulmbach, Bamberg, Hof und Forchheim gegen den Bau neuer Stromleitungen uneingeschränkt.

Die Trassenvorschläge P44 mod., P44 mod. Var.2, P44 mod. Var. 2+ und P44 mod. Var. 3, die der Prüfbericht der Bundesnetzagentur zum zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplan 2030 enthält, stellen keine tragfähigen Vorschläge dar. Vielmehr erhebt sich die Frage, ob alle Varianten netztechnisch noch wirtschaftlich die besten Lösungen darstellen. So ist die grundsätzliche Notwendigkeit der P44, P44 mod. und ihrer Varianten nicht im Ansatz erkennbar.

Die Gemeinde Stockheim lehnt die Varianten ist aus netztechnischen, wirtschaftlichen und umweltfachlichen Gründen ab. Aus netztechnischen Gründe ist keine modifizierte Trasse vorzuziehen, da die Unterschiede in der netztechnischen Leistung marginal sind und keinen Mehrwert erkennen lassen. Durch den Bau der Varianten würde ein weiterer Ausbaubedarf generiert, der höhere Folgekosten mit sich bringen würde. Durch den Abschluss des viersystemigen Ausbaus bis Schalkau sind alle Weichen für diesen Startpunkt gestellt. Der Ausbau gewährleistet einen lückenlosen Übergang in den Freistaat Bayern. Ein Wechsel des Startpunktes würde die Vorarbeit hinfällig machen und netztechnische Folgeleistungen nach sich ziehen. Trassen müssen unmittelbar im Bereich des Versorgungsbedarfs errichtet werden. Es gilt zu vermeiden, bereits mehrfach belastete Gebiete erneut als Durchgangsraum heran zu ziehen.

Da die modifizierten Trassen durchschnittlich deutlich länger und damit auch kostenintensiver als die Ursprungstrasse sind, sprechen wirtschaftliche Gründe gegen diese. Um die bestehende Trasse der notwendigen Leistung anzupassen, ist kein einfaches Aufstocken der Masten möglich. Entweder müssten die bestehenden Leitungen entfernt und wieder neue höhere Masten oder neben der bestehenden Trasse eine neue zusätzliche Trasse als Parallelbau errichtet werden. Beide Vorgehen wären deutlich kostenintensiver, was dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit widerspräche.

Umweltfachliche Gründe stehen den vorgesehenen Varianten entgegen. In die Schutzgüter Mensch und Umwelt, insbesondere in schützenswerte FFH-Gebiete, greifen alle vorgeschlagenen Trassenvarianten in erheblichem Maß ein. Eine weitere Benachteiligung unserer Kultur- und Erholungslandschaft sowie eine zusätzliche Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger sind nicht hinnehmbar.

Es ist unstrittig, die Energiewende weiter voran zu treiben. Dennoch trägt unsere Region, unsere Heimat, mit dem Ostbayernring, der Frankenleitung und der 380-kV Leitung von Remptendorf nach Redwitz bereits einen erheblichen Teil zum Gelingen des Netzausbaus von Nord nach Süd bei.

Es kann nicht hingenommen werden, dass eine deutlich längere Trasse unter Nichtbeachtung sämtlicher fachlicher Bewertungen aus rein politischen Gründen die Landkreise Kronach, Lichtenfels, Kulmbach, Bamberg, Hof und Forchheim durchschneiden soll.

Die Gemeinde Stockheim ist durch die bestehenden Stromtrassen ohnehin stark belastet. Der Flächenverbrauch in Forst- und Landwirtschaft wie auch in unmittelbarer Siedlungs- und Bebauungsnähe stellt einen weithin sichtbaren Eingriff dar. Die gemeindliche Entwicklungsfläche, die jetzt schon stark begrenzt ist, würde dadurch eine weitere erhebliche Einschränkung erfahren und zu einer zusätzlichen Belastung der Schutzgüter Mensch und Umwelt führen.

Wir fordern die Bundesregierung, die Bundesnetzagentur und die Bayerische Staatsregierung auf, die Belange unserer Region beim weiteren Netzausbau aktiv und tatsächlich zu berücksichtigen. Von einer Planung durch unsere Region muss abgesehen werden.

Stockheim, im Oktober 2017

Rainer Detsch

Erster Bürgermeister

